

RENTNERISCHES

Für Alte und solche,
die es werden wollen



Nr. 71
Mai 2025

AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Presse in Zeiten des
Lügenverbotes

Gremium ist objektiv
und arbeitsfähig

Bunter Zebrastreifen ist
kein Fußgängerüberweg



Veraltete Minderheit hat das aufgeheizte Gefühl:

JENA WIRD BESCHEUERT

Arbeitsfähig und objektiv

Was wohl die Auswahl der Mitglieder tut? Die Zeitung weiß es: Kritik auslösen.

Ein städtisches Gremium soll die Coronazeit revuepassieren lassen, da ist schon die Frage kontrovers, ob es sich mit gemachten Fehlern befassen sollte oder lieber das Vertrauen in die Maßnahmen beim nächsten Mal stärken, das Gremium soll zur Hälfte aus Vertretern der Stadtverwaltung bestehen, die ja dicht daran waren, und zur anderen Hälfte aus zufälligen Leuten.

Da es nur zwei Hälften gibt, ist kein Platz für weitere Teilnehmer. Zwei hätten gerne wollen mögen, ein Professor mit Fachwissen in Gesundheit und Epidemiologie wurde abgelehnt ebenso wie eine Betreuerin psychisch erkrankter Jugendlicher. Nicht dass noch der Wissenschaft gefolgt werden muss.

Eine Initiativbewerbung sei, so

lässt die Stadt verlauten, nicht möglich, „ohne die Objektivität und Arbeitsfähigkeit des Gremiums zu gefährden.“

Damit wissen Sie alles, was Sie über Objektivität und Arbeitsfähigkeit dieses Gremiums wissen müssen. ●



Pressetermin in der Szene der Wandbeschriftungen



Vor dem Rathaus protestierten hundert Kundgebungsteilnehmer gegen Folter in Ungarn. Da hätten die Justizbehörden doch eine Amtshilfe durch ungarische Ermittler anfordern können, die die Teilnehmer befragen, um herauszufinden, wer von ihnen die thematisch entsprechenden Hauswändebeschmierungen vornimmt.

Die Zeitung brachte den Veranstaltungshinweis auf einer halben Spalte und am Tag danach zwei halbe Spalten mit dem gleichen Text und ergänzendem Bericht. Die Zeitung scheint eine gewisse Bewunderung für die Beschmierungen zu hegen, weil die mehr Leser haben. ●

Gefühlte Verharmlosung nicht wirklich

Das Lokalzeitungsportal referiert den Polizeibericht und beginnt: „Mit einem Schreckmoment startete die Arbeitswoche für zwei Frauen.“ Dann kommt der Vorfall im Verkaufsraum, dann zum Ende: „Beide Frauen wurden leicht verletzt und medizinisch behandelt.“ Verletzung ist mehr als ein Schreck, oder? Bei näherem Hinsehen wird klar, dass hier keine Verharmlosung vorliegt, denn der Schreckmoment ging nun mal den Verletzungen voran.

Politische Einflussnahme wurde nicht ausgeübt. ●

Besuch

Fernsehaktivist Jan Böhmermann bereiste Jena. Jena ist so weit, dass das nicht als Schändung angesehen werden muss.

Wortgefecht

Bei der österlichen Friedenskundgebung kam es laut Zeitung zu einem Wortgefecht wegen einer Israelfahne. Die Zeitung verweist damit auf die Möglichkeit des Friedens, wenn überall wie in Jena Gefechte verbal ausgetragen werden, vermittelt die Vorstellung, dass die Israelfahne und nicht die Israelfeindlichkeit den Anlass gab, und regt das Klischee an, dass



nur auf der einen Seite ganze Sätze in das Wortgefecht beigesteuert wurden.

Investition

Für 5.000 Euro soll ein Zebra-streifen in der Innenstadt in Regenbogenfarben bemalt werden, was aber verkehrstechnisch kein Fußgängerüberweg ist. Obwohl die Streifen gerade sind, müssen sie als Regenbogen identifiziert werden. Die Stadt ist hier einmal besonders schnell, der bunte Zebra-streifen kommt, bevor jemand darauf gewartet hat.

Schlägerei

In mittleren Nachtstunden kam es am Eichplatz zu einer Schlägerei von zwei Gruppen von Männern, die zuvor in einer Bar in einen Streit geraten waren. Das ist die Folge, wenn zwar immer gegen Hass vorgegangen wird, aber zu wenig gegen Streit.

Kampagne

Für Respekt in Bussen und Straßenbahnen wirbt eine Kampagne zum Beispiel mit dem Bildmotiv, wo ein Fahrgast durch den Verzehr eines Döners die anderen Fahrgäste belästigt. Hier wird der Unterschied zwischen Respekt und Toleranz deutlich; Werbung für Toleranz würde einfordern, dass die Fahrgäste den Mann mit dem Döner akzeptieren.



Wie sich die Presse schon mal auf das Lügenverbot einstellt

Der Lokalredaktionsleiter von der Kolonialmacht Funkegruppe müht sich politisch ab, oder zeitungssdeutsch gesagt: kämpft ums politische Überleben, der Presserat hat keine Obergrenzen für Schädigkeit festgelegt, und die schamlose TLZ-Gerlinde wird auch irgendwann zur Ehrenchefredakteurin befördert, es gibt also was zu holen, wenn man gut ist, und gut heißt politisch herausragend konform ohne verstörende individualintellektuelle Auffälligkeiten.

Da widmet er einen Mehrspalter einem Fall, der sich so darstellt, dass Kontrolleure im öffentlichen Nahverkehrsbus zwei Syrer kontrollierten, beide oder einer hatte keinen Fahrschein, eine linke Kreischkeule fuhr dazwischen und plärrte Rassismus, rassistisch motivierte Fahrscheinkontrolle, der Fahrer forderte sie zum Verlassen auf, sie zickte herum, später erging wegen des Hausfriedensbruchs ein Strafbefehl über 800 Euro, den sie aber nicht akzeptierte, darum also eine Gerichtsverhandlung, die unterbrochen oder vertagt wurde.

Und nun schafft es der Lokalredakteur, aus diesem Fall von Hausfriedensbruch einen Fall von eventuellem Rassismus zu machen, als ginge es im Prozess darum, ob hier rassistisch kontrolliert wurde. Das steht so nicht als Fakt im Artikel und auch nicht als vertretene Meinung, darüber ist der Journalismus hinaus, die flüchtigen Leser kriegen den gefühlten Eindruck durch die Montage der Kulissenstücke, zumal die Unterstützerszene der Aktivschreierin vor dem Gericht protestiert und affirmativ zitiert wird, als ob

diese Typen was beizutragen hätten, Seebrücke, so welche.

Der Artikel beginnt mit der als 24-Jährige Bezeichneten, für sie „war klar: Die Kontrolle zweier Männer aus Syrien war rassistisch motiviert. Weil sie das ansprach, war der Konflikt mit dem Busfahrer programmiert“, keine Schlichter anwesend, und dass sie „überhaupt auf der Anklagebank Platz nehmen musste, lag“ an verfahrenstechnischen Gründen, nicht an ihrer Straftat.

Zivilcourage landet vor Gericht, so bleibt es hängen. Man wird als Leser in den Zustand des Angelogenseins versetzt unterhalb der Strafbarkeit, ohne Verbreitung einer einzigen unwahren Tatsachenbehauptung.

Zur Ausgewogenheit kommt auch die Sprecherin der Verkehrsbetriebe zu Wort. Sie will nicht auf das laufende Verfahren eingehen und gibt Antidiskriminierungs-

Bla aus, bei den Verkehrsbetrieben sei kein Platz für Rassismus, statt zu entgegnen: „Was erlauben Sie sich, Rassismus zu unterstellen? Sonst geht's Ihnen gut?“

Damit ist der Fall umgedreht und gerahmt. Die linken Blöcker vor dem Gericht haben nicht das Problem, sich nicht zum laufenden Verfahren äußern zu können, für die ist klar, wer hier das Opfer ist, und den Lesern ist es das auch, jedenfalls den relevanten Lesern, den Schranzen in der Staatskanzlei, dem Hofstaat und sowieso den Grün. (Grün ist ein Pluralwort, die Grün.) Der Artikel endet mit der Mitteilung des Gerichts, es komme auf die Einvernehmlichkeit der Prozessbeteiligten an. Denen, also der Seite der Verkehrsbetriebe, ist hinreichend Dampf gemacht, bei der Anzeige nachzuentzschärfen.

Wir sind natürlich fair und fragten bei der Stadtwerkesprecherin nach: „Die Lokalzeitung zitiert Sie zu dem Hausfriedensbruch-Fall, die Verkehrsbetriebe dulden keinen Rassismus. Da es im Zitat nicht vorkam, bitten wir Sie um die ergänzende Mitteilung, ob die Verkehrsbetriebe auch keinen Hausfriedensbruch und kein Schwarzfahren dulden und, wenn dem so ist, ob Sie es auch gesagt haben oder, falls nicht, es noch sagen möchten.“

Sie informierte uns, „in den Fahrzeugen des Jenaer Nahverkehrs gelten die Beförderungsbedingungen des VMT. Darin ist auch das ‚Fahren ohne gültigen Fahrschein‘ geregelt – und damit auch alles gesagt.“

Das Schwarzfahren ist geregelt. Gesellschaftlicher Konsens scheint es nicht zu sein, dass auch jeder kontrolliert wird.

Wir alle freuen uns, wenn das von Syrern begangene Delikt Schwarzfahren ist.

Wie auch immer, wir haben nicht nur die von der Kanzlerin postulierte Bringschuld gegenüber den Syrern, sondern auch eine Beförderungsschuld. ●



Schockierender Verdacht: War es gar keine Verschwendung?

Unsere Thüringer Regierung hat in der letzten Wahlperiode eingeführt, uns in dem Glauben zu lassen, Anja Siegesmund habe 170.000 Euro an nebenstaatliche Organisationen geschickt für eine Machbarkeitsstudie, nach der nie wieder jemand fragen würde. Wir taten es doch und wurden immer wieder getröstet mit Erklärungen, warum es gerade nicht ging, dauernd war plötzlich immer noch Corona, und dass sie in einer großen Zeremonie vorgestellt werden würde. Davon haben wir nichts gemerkt, und der Ministeriumssprecher zog es vor, uns nicht mal bescheidzugeben: „Was, das ist Ihnen entgangen? Die große Feier mit Rosa und Silly, das war das, wo leben Sie denn?“

Oder Klimaaktionsplan, viel Geld für engagierte Menschen, die Laune machen für Klima; wer das für korrupt hält, sieht blanke Korruption, wer es für Klimaschutz hält, findet es schlecht und unzulänglich und überteuert, Betrug ist es jedenfalls nicht, es glaubt ja niemand.

Jetzt hat das Familienministerium eine sechs Millionen Euro teure Familien-App vorgestellt, die sogar unserer Landespresse Kritik Stimmung bereitet: „Dass die App jetzt so an den Start geht, wie sie an den Start geht, liegt auch daran, dass die frühere Familienministerin Heike Werner von den Linken das Projekt jahrelang nicht hinbekommen hat. Immer neue Begründungen mussten dafür herhalten, warum es gerade nicht geht. So hat Rot-Rot-Grün einen erheblichen Anteil daran, dass die Brombeere jetzt eine App auf den

Markt schmeißt, die nicht besser als eine einfache Google-Suche ist und dennoch Millionen kostet.“

Sechs Millionen, dafür schreibt die Kanzlerin ein halbes Buch, ihr Geld ist absolut tiefenrein, Honorar vom Verlag, vor Steuern, und wie der Verlag das gegenfinanziert und was die Kanzlerin in ihrer Amtszeit so ganz unaufgeregt, uneitel und zum Vertrauen ihrer Journalisten vorgeleistet hätte, davon gibt es keine Fotos.

Dafür könnte man zehn Programmierer zum Monatsentgelt von zehntausend Euro fünf Jahre beschäftigen. Moment, stimmt das, ist das richtig gerechnet? Ja, doch, genau so. Einer programmiert, die anderen sind Diversitätsanstellungen, alle sind der Partei dankbar und zeigen sich erkenntlich. Vielleicht war es so, und die haben dann kein Interesse fertigzuwerden.

Da wir nicht haltlos spekulieren wollen, baten wir bei der Presse-

stelle des Ministeriums um die Mitteilung, an wen oder was die sechs Millionen gezahlt wurden.

Wir bekamen die Information, der Betrag von 6 Millionen Euro setzt sich folgendermaßen zusammen: 2024: 1,6 Mio. Euro technische Entwicklung und Öffentlichkeitsarbeit zur Anbieterakquise; 2025: 1,7 Mio. Euro technische Entwicklung und Öffentlichkeitsarbeit zum Live-Gang der App; 2026/2027: 2,7 Mio. Euro, geplant zur Anmeldung für den Doppelhaushalt, für Pflege und Wartung, Ausbaustufen und Öffentlichkeitsarbeit.

Werbetexter sind also immer ganz wichtig, Akquirieren der Anbieter ist auch teuer, klar, da würden wir auch ganz viel Geld brauchen, um das Interesse von Anbietern zu wecken.

Wir wissen nun immerhin, dass dafür nicht der Bau von Fahrradwegen nach Peru werbetexterisch zu begleiten war. ●



Gegendarstellung

Lokalredaktion sieht unverständlichen Hass auf Schmuckstück

Unsere groteske Lokalpresse gibt ein Muster dafür ab, wie sich unsere Herrschenden uns Untergebene wünschen und vorstellen.

„In Jena soll ein Regenbogen-Streifen entstehen. Darüber wird heiß diskutiert. Doch das wirft bei unserer Redakteurin Fragen auf.“ Ein Dreck soll. Hier soll gar nichts, es gibt welche, die das wollen.

Dass heiß diskutiert wird bei etwas, das in einer normalen Stadt einer von unzähligen Punkten wäre, an denen es heißen müsste: „So, das reicht endgültig, hier ist die Stadt eindeutig zu weit gegangen“, wirft bei der Redaktion Fragen auf, und wir äußern gewiss nicht zu viel vorurteilsbeladenen Groll, wenn wir mutmaßen, dass die Fragen sie überfordern.

„Jena soll einen Regenbogen-Streifen bekommen – und das erhitzt sämtliche Gemüter. Wer in den Facebook-Kommentaren zu den entsprechenden Beiträgen dieser Redaktion unterwegs war, der hat alles gelesen: von absolutem Zuspruch bis hin zu Queerfeindlichkeit und Hass.“

In dieser Darstellung sind das die Pole, absolute Zustimmung und Queerfeindlichkeit. An der absoluten Zustimmung zweifeln wir nicht, hier ist Jena, das Gegenstück aber ist die berechtigte Abwehrhaltung: Wir haben es nicht nötig und der Staat hat kein Recht dazu, dass wir von unserem Geld öffentlichen Politquatsch einer grünlinken Dummheitskaste vorgesetzt bekommen.

„5000 Euro sollen der Streifen und seine Instandhaltung kosten. Ob das nicht auch billiger gegangen wäre, kann definitiv debattiert werden.“ Falsch, das ist nicht zu debattieren, das Geld lässt sich sparen, indem man den Unsinn bleiben lässt. Aber darum geht es ja, wie immer, Linke kriegen Geld für Unfug. Ein Subbotnik für die Lokalredaktion, gespendete Farben, und es wäre auch gegangen.

„Viel wichtiger sind jedoch folgende Fragen. Warum macht die Nachricht über einen Regenbogen-

Streifen so wütend? Und warum macht diese Nachricht so wütend, dass Menschen sich gezwungen sehen, ihrem Ärger in den Kommentaren auf Facebook Luft zu machen?“

Falsch, es ist nicht die Nachricht über einen Regenbogen-Streifen, sondern die politische Beflaggung auf Kosten der Allgemeinheit. Aus dem Bürgerbudget wird Parteiagitatio finanziert. Was erwartet die Redakteurin anderes als Abscheu? Den Bürgern wird aufgezwungen, ein politisches Bekenntnis abzugeben per Duldung. Wo kann man den Ärger denn sonst äußern, in der Zeitung jedenfalls nicht. Registriert wird nur das Emotionale, der Ärger. Schimpfer äußern Hass und Groll gegen das, was kommen soll.

„Ja, es handelt sich bei dem Regenbogen-Streifen um ein politisches Statement. Aber er steht für Werte, dessen Ideen mit dem Grundgesetz verknüpft sind: Toleranz und Respekt. Jena ist eine junge und moderne Stadt – und das darf sie auch zeigen.“

Falsch und manipulativ. Es sind immer die besten Werte, für die jeweils die Flaggen und Bemalungen stehen und standen, zu allen Zeiten, also die aktuell als die besten propagierten. Flaggenfarben der herrschenden Ideologie sind eine Entwürdigung des freien mündigen Bürgers, eine Forderung nach Unterwerfung. Wenn das nicht ärgerlich ist, was dann. Ja, gut, die Zeitung, die natürlich auch.

Die Darstellung der Zeitung ist halt wieder die von hehren Absichten gegen dumpf grollende Ewigheterosexuelle. Die Emotion ist vorgegeben.

Den mit dem Grundgesetz verknüpften Wert, die Meinungsvielfalt darzustellen, am besten vor der Entscheidung, pflegt die Zeitung dann auch wieder nicht. Im Blatt stehen ein paar Originalzitate der Art, was soll das, davon geht der Hass auch nicht weg, aufgewogen mit einem, der sagt, das kenne er aus Bonn und da störte es auch niemanden.

Bonn. Wie sie da die Salafisten eingebunden haben, wäre interessant, vielleicht über Queers for Palestine.

In großer Zustimmung zur klaren Linie steht unter dem Symbolfoto einer Spektralfarbenflagge: „In Jena soll bald ein Regenbogen eine Straße schmücken.“ Schmücken soll er, der geradegebogene Regenbogen.

Wir fragten bei der Verfasserin des Artikels nach: „Wie haben Sie recherchiert, dass die Gestaltung schmückend ist?“

Sie antwortete uns: „Leider verstehe ich Ihre Frage nicht ganz. Bei besagtem Beitrag handelt es sich um einen Kommentar, d.h. einen Meinungsbeitrag. Mir erschließt sich daher nicht, warum diese Aussage recherchiert sein muss.“ Ja, ist logisch, die herrschende Meinung muss nicht recherchiert werden.

Recherchieren hätte sie können, wie sich die 5.000 Euro zusammensetzen und an wen sich jemand wenden soll, der anbietet, es billiger zu machen. Hat sie offensichtlich nicht, darum fragten wir dies bei der Pressestelle der Stadt an.

Sie antwortete uns: „Die genauen Kosten werden derzeit noch ermittelt. Geplant sind folgende Kostenpunkte: erstmalige Aufbringung des Regenbogenweges (mit demselben Material wie bei den Bodenmarkierungen zur gegenseitigen Rücksichtnahme in der Innenstadt) / vollständige Entfernung nach Ablauf von fünf Jahren / ggf. ein bis drei Erneuerungen bei starker Abnutzung oder Beschädigungen.“

Sollte letzteres nicht notwendig sein, fließen die nicht verbrauchten Mittel zurück in das Bürgerbudget und erhöhen das Gesamtbudget für das Folgejahr.

Der Straßenbaulastträger (KSJ) behält sich – wie auch bei vergleichbaren Bodenmarkierungen – vor, die Arbeiten selbst auszuführen. Eine Vergabe an Dritte ist in diesem Fall nicht möglich.“

Die junge moderne Stadt kriegt, was sie verdient, und hat die Zeitung, die zu ihr passt. ●

Vorplatztheater

Dialektische Aufhebung der Begriffe *Omas*, *gegen* und *rechts*

Da meinen manche, in dem ganzen linken Schwindel sind Omas gegen rechts vielleicht nicht das Gefährlichste und nicht das Teuerste, aber das Widerwärtigste. Oma, das ist eine Ehrenbezeichnung. Eine Oma ist eine, die sich für andere einsetzt, die eine Lebensleistung erbracht hat, eine Person, die Dank verdient, ob es nun die eigene Großmutter ist oder die Oma Irgendwaske aus dem Block, die Oma ist über das menschlich Miese erhaben. Hier erobern und besetzen Linke eine emotional positiv besetzte Figur für ihre parteipolitischen Interessen und korrumpieren das Bild für eine weitere der unzähligen AngieOs mit noch einer Tarnorganisation des Schattenstaates, wo immer wieder dieselben Leute unter verschiedenen Bezeichnungen das breite Bündnis darstellen, hier unter Vortäuschung des freundlichen Gesichts der Förderomas. Wenn Lars Klingbeil und andere politische Ekelfrösche sich als Oma gegen rechts ausgeben, maßen sie sich eine Lebensleistung an, der sie in keiner Weise gerecht werden, was sie weder bemerken noch als Mangel empfinden, weil sie sich befugen, über Deutung und Empfindung zu bestimmen. Was rechts wäre, dafür gibt es keinen allgemeingültigen Oberbegriff, das ist austauschbar und wird nach jeweiliger denunziatorischer Zielvorgabe assoziiert.

So weit die Meinung, wir können ihre Begründetheit nicht ermitteln, wir sind aber dankbar, dass sie in unserem offiziellen Staat frei geäußert werden kann, im Schattenstaat werden solche Grundrechte nicht gewährt.

Da hielten die Omas gegen rechts auf dem Theatervorplatz eine



Kundgebung ab, es war ersichtlich, dass der Begriff Omas nicht eng ausgelegt wird, vielleicht aus Mangel an Omas, zugehörig waren nicht nur Menschen mit Menstruationsgeschichte, sondern alles, was nichts dabei findet, sich so zu nennen.

Auch ein elfjähriges Kind, das wie zum Fahnenappell sprach. Symbolenkel sozusagen. Es ist Faschismus ausgesetzt, sagte es, Faschismus in der Schule, jeden Tag Faschismus.

Faschismus welcher Art und was das heißen soll, war nicht Teil der Aufgabe. Es wird wohl angesichts der Veranstaltung kein islamistischer und kein linker sein, vielleicht drohende Kopfnoten oder Gefahr des Sitzenbleibens, wir

wollen aber nicht verharmlosen. Faschistische Lehrer in Jena, eine faschistische Schule, wir glauben das sofort. Der Beweis ist, dass die Stadt nicht längst etwas unternommen hat, sondern eine Mauer des Schweigens aufbaut. Steckt der Oberbürgermeister mit drin? Die FDP-Stadtratsabgeordnete Teufel? Niemand ist unverdächtig. Es ist Zeit zu handeln.

Wir fordern Kampftraining für die Omas gegen rechts, damit sie in die Schule einmarschieren können und den Faschismus an den dortigen Wurzeln herausreißen.

An Geldfragen darf die Befreiung vom Faschismus nicht scheitern. Wenn das Bürgerbudget schon verplant ist, dann eben ein Sondervermögen. ●

DA LACHT DAS ZEBRA



Sonstiger Stoff

Aufkleber fordert Solidarität mit denen, die den Aufkleber entfernen müssen



Der öffentliche Dienst umfasst natürlich weitaus mehr Personal als diejenigen, die mit der Beseitigung von Aufklebern beschäftigt sind, welche nur einen sehr geringen Teil ausmachen, sonst wäre er schon weg.

Der eigens für Papierkörbe und Mülleimer konzipierte Aufkleber

erinnert uns daran, dass die Partei ihre Leute nicht nur in den staatsnahen Organisationen hat, sondern zunächst direkt beim Staat. Für die setzt sie sich gerne ein, mehr Geld für sie ist nur gerecht, wozu hat man den Staat sonst.

Indes ist Widerspruch nötig im

Namen der kleinen Gruppe von nicht staatsnahen oder staatsabhängigen Bürgern. Wir müssen den Bescheid geben: Unsere Steuern könnt ihr haben, unsere Gebühren, unsere Wartezeiten, aber auf keinen Fall kriegt ihr auch noch unsere Solidarität, solidarisiert euch selber! ●

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jena's führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund, verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Schon das Plakat für den Preis für Zivilcourage regt die wichtige Eigenschaft an

Für das Pressefoto haben sich neben dem Oberbürgermeister noch zwei Beteiligte eingefunden und zeigen, wie sie es schaffen, das Plakat in ihren Mittelpunkt zu rücken, das dafür wirbt, Vorschläge einzureichen, wer den Zivilcouragepreis der Stadt bekommen soll.

Das sagt nichts darüber aus, dass sie zu viel Zeit hätten, es ist zwar ihre Arbeitszeit, aber das Arbeitspensum wird nicht weniger und muss davor oder danach bewältigt werden. Ins Auge fällt die gute Laune, mit der sie Plakat und sich präsentieren, Zivilcourage ist zwar prinzipiell etwas Tolles, ganz gleich, was in Jena darunter verstanden wird, aber der Anlass, so steht zu vermuten, ist ein betrüblicher, der nur gemildert wird durch das couragierte Einschreiten einer Zivilperson. Es spricht für eine sehr optimistische Betrachtungsweise, dies zu feiern und dem positiven Aspekt das größere Gewicht zuzuschreiben. Hoffen wir, dass die Zahl derjenigen, die den Preis auch verdient hätten, aber nicht erhalten, nicht zu groß wird, was allerdings wiederum für die Werbewirksamkeit des Plakates sprechen würde, das ja möglichst viele Empfehlungsabgaben auslösen soll.

Legt man branchenübliche Tarife zugrunde, belaufen sich die Kosten für das Plakat, oder, je nach Sichtweise, die Bezahlung, die ja irgendjemand erhält, auf so etwa den gleichen Betrag wie das Preisgeld. Es gibt also bereits Gewinner, die kein persönliches Risiko eingehen müssen, wobei natürlich wir alle von Zivilcourage profitieren.

Darin besteht schließlich das klare Hauptsignal, diese Stadt ist ihrem Wesen nach so wohlgesonnen, dass sie Zivilcourage auszeichnet, das sind unsere Werte, die Lichtstadt leuchtet auch in Schattenbereiche. Hier wird

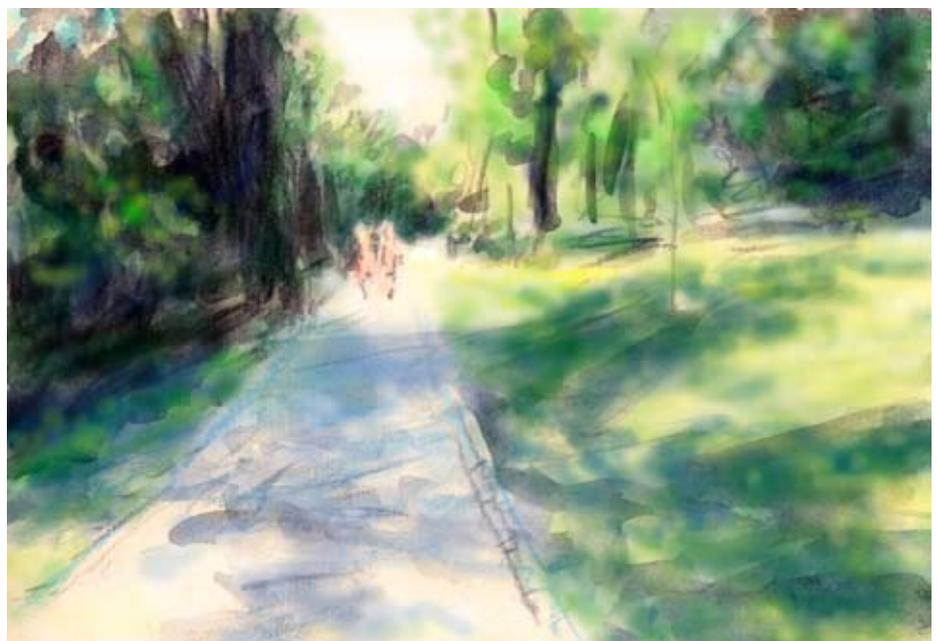
in das Plakat investiert, das sich schon durch die bekundete Haltung auszahlt.

Aber das Plakat leistet mehr. Es schafft selbst eine wichtige Voraussetzung für das Zeigen und Ausüben von Zivilcourage: Es ist so scheußlich, dass man es gar

nicht angucken möchte. Man muss aber trotzdem hinschauen, wegen der Wichtigkeit des Anliegens, somit wird das Nichtwegsehen trainiert. Und das ist es doch, worauf es ankommt. Damit, nicht wegzusehen, beginnt meistens die zivilcouragierte Aktion. ●



Jenaer Impressionen



DAS GEEIGNETE HYPER HIGHLIGHT FÜR IHR EVENT



BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET IHRE GÄSTE
IN JENA ~~AB~~ 300,- EURO. 03641-619434

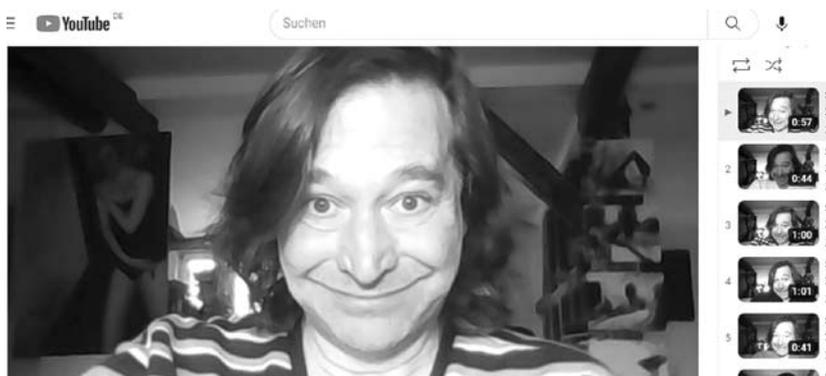


www.solibro.de



www.buchhaus-loschwitz.de

Senior-Influencer
Auf Youtube oder www.zellerzeitung.de



Goldalie
Glitzerstaub

Kinderbuch-Klassiker als kostenloses
Gratis-PDF zum Umsonst-Herunterladen
für 0,- Euro ohne Bezahlschranke
Auf www.zellerzeitung.de
unten bei den Klassikern



Grußworte des Ministerpräsidenten werden digitalisiert – Das steckt dahinter

Grußworte der Minister und Ministerpräsidenten sind ein Ärgernis, nicht nur für diejenigen, die sie schreiben. Ein Verbot von solchen Grußworten aller Art ist aber in weite Ferne gerückt, weil die Wirtschaft protestiert hat. Nun soll Künstliche Intelligenz diese Arbeit übernehmen, was den Ablauf verschlankt und beschleunigt. Zudem wird Künstliche Intelligenz eingesetzt, um diese Texte zu lesen. Die Grenzen der Digitalisierung sind noch lange nicht gezogen.



Darum geht es im Strategiepapier zur Effizienzverschlinkung im Gesundheitssektor: Distriktarzt überweist direkt an die Pharmafirma



Als längst überfällige Vereinfachung des Bürokratieabbaus loben Vertreter aller Bereiche die Planungen zur Optimierung der Patientenversorgung. „Überfüllte Wartelisten gehören der baldigen Vergangenheit an“, sagte Karl Lauterbach zu Jens Spahn.

Die Eltern der Kinder, denen Verfolgung droht, leben in Sorge



Verfassungsrechtliches Gutachten mit klarem Kompass: „Manchmal geht es eben doch“

Verfassungsrechtliche Grundsätze sind prinzipiell dazu da, eingehalten zu werden, und das gilt grundsätzlich immer und für alle. Diese Regeln werden durch das Gutachten, das die unumstrittene Rechtsmeinung darstellt, klar gestärkt. Wenn aber die Einhaltung der Grundsätze dem zuwiderlaufen würde, wofür sie stehen, nämlich die Garantie unserer Werte, dann gilt diejenige Auslegung, die den Werten näher kommt. Das ist für juristische Laien nicht sofort einleuchtend, aber auch zu deren Schutz haben wir unsere gemeinsame Demokratie.



Es ist keine schöne Vorstellung, sondern der Horror aller Eltern, dass ihr Kind verhaftet und vor Gericht gestellt werden könnte. Diese Gefahr droht den Kindern, die an der Inbrandsetzung der Papiermülleimer beteiligt waren. Gewiss, es ist kein Spiel, Container anzuzünden, auch wenn der Ausstieg aus dem Papier auf sich warten lässt. Noch sind die Kinder nicht ermittelt, das kann aber für die Eltern der Betroffenen nur ein schwacher Trost sein, nämlich gar keiner. Ihre Sorgen dürfen nicht aus unseren Augen geraten, die solidarische Gesellschaft erfordert den Zusammenhalt und so viel Mitgefühl, in ihnen nicht nur die Papiermülleimeranzündereltern zu sehen.